



# Newsletter

---

vom 19. März 2019

---

# Die Themen im Überblick

Terminservicegesetz: Schneller zum Arzt - mehr Sprechstunden und weniger Wartezeiten.....	1
Diesel: Mehr Sicherheit und Verlässlichkeit für Autofahrer .....	2
Bessere Kontrolle über Verkehrsbeschränkungen .....	2
Positionspapier: Luft rein halten - Mobilität ermöglichen .....	2
SPD-Fraktion setzt sich beim Inklusiven Wahlrecht durch .....	4
Teilzeitmöglichkeit für Freiwilligendienste schaffen .....	4
Millionen Euro fließen in die Landkreise Waldshut und Breisgau-Hochschwarzwald für energieeffizientes Bauen und Sanieren.....	4
Weltfrauentag mit dem OV Waldshut .....	5
Struve-Hut-Verleihung.....	6
12. Deutscher Nachhaltigkeitspreis .....	6
Gespräch mit der „Fridays for Future“ Bewegung .....	7
Equal Pay Day 2019 .....	7
Besuch der Gewerblichen Schule Waldshut.....	7
Besuch des Hochrhein Gymnasiums Waldshut .....	8

---

## Terminservicegesetz: Schneller zum Arzt - mehr Sprechstunden und weniger Wartezeiten

Kurze Wege, schnelle Termine: Gute Gesundheitsversorgung darf nicht davon abhängen, ob ich in der Stadt oder auf dem Land wohne, ob ich privat oder gesetzlich versichert bin. Für viele Menschen ist es ein großes Ärgernis, dass gesetzlich Versicherte häufig länger auf einen Arzttermin warten müssen als privat Versicherte.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte deshalb Druck gemacht für erhebliche Verbesserungen. Auf diese Initiative hin, hat die Koalition einen Entwurf für ein Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG, Drs. 19/6337) vorgelegt. Der Bundestag hat den Gesetzesentwurf nun am Donnerstag in 2./3. Lesung beschlossen.

Mit dem Gesetz sorgt die Koalition für schnellere Termine in Arztpraxen, mehr Sprechstunden für Kassenpatientinnen und Kassenpatienten und mehr Ärztinnen und Ärzte auf dem Land. Das sind wichtige Schritte, um die Zwei-Klassen-Medizin abzubauen.

Zugleich vermitteln die so genannten Terminservicestellen zukünftig rund um die Uhr über die bundesweite Rufnummer 116 117 Termine an Fachärzte sowie an Haus- und Kinderärzte.

Ärztinnen und Ärzte werden für die Behandlung von gesetzlich versicherten Patientinnen und Patienten deutlich besser vergütet. Außerdem steigert die Koalition mit dem geplanten Gesetz die Verbreitung der medizinisch sinnvollen Hausarztverträge, indem eingeschriebene Versicherte künftig finanzielle Vorteile von den Krankenkassen erhalten.

Im Einzelnen enthält der Gesetzesentwurf folgende Verbesserungen:

### **Sprechstundenangebot wird ausgeweitet**

Künftig müssen Vertragsärztinnen und -ärzte wöchentlich mindestens 25 Sprechstunden für gesetzlich Versicherte anbieten. Derzeit sind es nur 20 Stunden. Hiervon müssen Fachärztinnen und -ärzte der Grundversorgenden und wohnortnahen Versorgung (zum Beispiel konservativ tätige Augenärztinnen und -ärzte, Frauenärztinnen und -ärzte und HNO-Ärztinnen und -ärzte) wöchentlich fünf offene Sprechstunden anbieten. Das erweiterte Sprechstundenangebot wird besser bezahlt.

### **Versorgung auf dem Land wird verbessert**

Auch die medizinische Versorgung auf dem Land wird besser. Dafür erhalten Ärztinnen und Ärzte in unterversorgten Regionen dann Zuschläge, und die Kassenärztlichen Vereinigungen werden verpflichtet, in solchen Gebieten eigene Praxen oder mobile und telemedizinische Versorgungsalternativen anzubieten.

Neue Leistungen (HIV-Prophylaxe, Kryokonservierung)

Auch den Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) erweitert die Koalition um wichtige neue Leistungen: Versicherte mit einem hohen HIV-Infektionsrisiko haben zukünftig Anspruch auf eine medikamentöse HIV-Vorsorge (PrEP).

Patienten, denen aufgrund einer keimzellschädigenden Therapie (zum Beispiel Chemotherapie) ein Fertilitätsverlust droht, können auf Kosten der GKV ihre Ei- oder Samenzellen konservieren lassen, um nach ihrer Genesung eine künstliche Befruchtung vorzunehmen.

### **Elektronische Patientenakte von 2021 an**

Patientinnen und Patienten sollen die Möglichkeiten der Digitalisierung im Gesundheitswesen stärker nutzen können. Dafür müssen die Krankenkassen spätestens von 2021 an eine elektronische Patientenakte zur Verfügung stellen. Medizinische Daten wären dann auch mittels Smartphone oder Tablet abrufbar.

### **Bessere Heilmittelversorgung**

Außerdem hat die SPD-Fraktion im parlamentarischen Verfahren mehrere Verbesserungen erreicht: So reformiert die Koalition nun die Heilmittelversorgung, indem die Möglichkeit einer Blankoverordnung geschaffen wird. Das bedeutet: Die Indikationsstellung und Verordnung eines Heilmittels erfolgt wie bisher durch die Ärztinnen und Ärzte. Die behandelnden Therapeuten können dann aber über die konkrete Therapie entscheiden. Auch Behandlungsfrequenz und Behandlungsdauer bestimmen sie selbständig. Und: Künftig werden die Therapeuten besser bezahlt.

### **Hilfsmittelversorgung: Keine Ausschreibungen mehr**

Damit Patientinnen und Patienten künftig hochwertige Inkontinenzartikel oder Gehhilfen bekommen, werden die Hilfsmittel-Ausschreibungen durch die Krankenkassen endlich beendet. In Zukunft werden Verträge zwischen Krankenkassen und Hilfsmittelbringern wieder auf Grundlage von Verhandlungen geschlossen.

### **Hausarztversorgung: Bonus für eingeschriebene Versicherte**

Die SPD-Fraktion hat durchgesetzt, dass alle Krankenkassen für ihre Versicherten einen Bonus ausschütten müssen, die sich in Hausarztverträge einschreiben. Das macht die hausärztliche Versorgung attraktiver und belohnt die teilnehmenden Versicherten. Der Bonus kann in Form von Prämien ausbezahlt werden, oder die Kassen können Zuzahlungen erlassen.

### **Höhere Festzuschüsse für Zahnersatz**

Ebenso haben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erreicht, dass die im Koalitionsvertrag vereinbarten höheren Festzuschüsse für Zahnersatz bereits drei Monate früher als ursprünglich geplant, nämlich zum 1. Oktober 2020 in Kraft treten.

Und schließlich müssen die Krankenhäuser im Rahmen des so genannten Entlassmanagements Versicherte bei der Beantragung von Kurzzeitpflege, ambulanter Palliativversorgung und Haushaltshilfe unterstützen.“

#### **Das Wichtigste zusammengefasst:**

Mit dem Terminservice- und Versorgungsgesetz hat der Bundestag eine wichtige Verbesserung beim Abbau der Zwei-Klassen-Medizin in Deutschland beschlossen. Die SPD-Fraktion hat durchgesetzt, dass die Terminvergabe vereinfacht und beschleunigt wird und Ärztinnen und Ärzte ihre Sprechzeiten für gesetzliche Versicherte ausweiten müssen. Dafür werden sie besser vergütet. Auch für unterversorgte Gebiete auf dem Land wird es Verbesserungen geben. Das ist Politik für ein solidarisches Land.

## **Diesel: Mehr Sicherheit und Verlässlichkeit für Autofahrer**

Am Donnerstag hat der Bundestag in namentlicher Abstimmung eine Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes beschlossen (Drs. 19/6335, 19/6927).

In 65 deutschen Städten wurde 2017 der EU-rechtlich vorgegebene Luftqualitätsgrenzwert überschritten. Deshalb gibt es gerichtlich angeordnete Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge; weitere drohen.

Der Koalitionsausschuss hatte darum am 1. Oktober 2018 ein umfangreiches Maßnahmenpaket beschlossen, um den betroffenen Städten und den betroffenen Dieselfahrerinnen und -fahrern schnell zu helfen. Die Städte brauchen saubere Luft, die betroffenen Dieselfahrerinnen und -fahrer müssen auf ihre Mobilität vertrauen können.

#### **Luftqualität steigern**

Neben luftverbessernder Maßnahmen durch das Sofortprogramm Saubere Luft mit 1 Milliarde Euro und der Nachrüstung von Diesel-Fahrzeugen soll auch die Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes die Luftqualität in unseren Städten verbessern.

Diese Änderung schafft unter anderem die Voraussetzung, dass nachgerüstete und damit saubere Fahrzeuge von möglichen Fahrverboten ausgenommen werden. Wenn diese Fahrzeuge nach der Nachrüstung nur noch 270 Mikrogramm NO<sub>2</sub>/m<sup>3</sup> ausstoßen, können sie auch bei möglichen Fahrverboten weiterhin gefahren werden.

Die Koalitionsfraktionen haben sich im parlamentarischen Verfahren auf einen Änderungsantrag verständigt, der klarstellt, dass die zuständigen Behörden vor Ort weitere Ausnahmen von Fahrverboten zulassen können.

#### **Das Wichtigste zusammengefasst:**

Die Luftqualität in vielen Städten muss besser werden. Dieselfahrer brauchen zugleich Sicherheit. Eine Gesetzesänderung hilft, dass nachgerüstete und damit saubere Fahrzeuge von möglichen Fahrverboten ausgenommen werden.

## **Bessere Kontrolle über Verkehrsbeschränkungen**

Mit einer Änderung des Straßenverkehrsgesetzes, die das Parlament am Donnerstag beschlossen hat, sollen die Kommunen besser in die Lage versetzt werden, Verkehrsbeschränkungen aufgrund zu hoher Stickoxidwerte zu kontrollieren (Drs. 19/6334, 19/6926).

Die Änderung ist eine maßvolle Lösung. Es wird lediglich stichprobenartige Kontrollen mit mobilen Geräten geben.

Bisher konnten Fahrverbote nur durch das Anhalten aller Pkw überprüft werden. Mit der Änderung des Straßenverkehrsgesetzes können verhängte Fahrverbote für Dieselfahrzeuge nun ohne lästige Unterbrechung der Fahrt maßvoll kontrolliert werden. Die betroffenen Städte können mittels mobiler Geräte künftig über einen Kennzeichenabgleich die Fahrzeugdaten beim Zentralen Fahrzeugregister (ZFZR) abrufen.

Das erleichtert die Kontrolle und das Einhalten der Verkehrsbeschränkungen aufgrund zu hoher Stickoxidwerte zum Schutz der Gesundheit. Damit unterscheiden sich für die Bürgerinnen und Bürger solche Kontrollen letztendlich nicht von mobilen Geschwindigkeitskontrollen.

#### **Das Wichtigste zusammengefasst:**

Mit einer Änderung des Straßenverkehrsgesetzes sollen die Kommunen besser in die Lage versetzt werden, Verkehrsbeschränkungen aufgrund zu hoher Stickoxidwerte zu kontrollieren. Der Datenschutz wird dabei berücksichtigt.

## **Positionspapier: Luft rein halten - Mobilität ermöglichen**

Auch 2018 wurde der gesetzlich festgelegte Grenzwert für Stickstoffdioxid im Jahresmittel in vielen deutschen Städten überschritten. Nun drohen in mehreren deutschen Städten Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge.

---

Der Grenzwert für Stickstoffdioxid schützt die Gesundheit der Menschen, die in diesen Gebieten wohnen und leben. Es muss deshalb jetzt darum gehen, die Luft rein zu halten und die Mobilität der Menschen zu ermöglichen, die sich täglich in diesen Städten bewegen. Beides muss vereinbar sein.

Dazu hat die SPD-Fraktion am Dienstag ein Positionspapier beschlossen, das anhand von fünf Punkten ein Lösungskonzept beinhaltet:

1. Pakt für Nachrüstung – Entwicklungskosten für mittelständische Zulieferer fördern  
Damit Fahrverbote für die Dieselfahrerinnen und -fahrer so weit wie möglich verhindert werden können, ist neben den bisher gewährten Umtauschprämien auch die technische Nachrüstung auf Kosten der Automobilhersteller (bis zu 3000 Euro pro Fahrzeug) wie zum Beispiel in Stuttgart erforderlich. Ziel ist, dass die Hersteller von technischen Nachrüstsets die technische Nachrüstung im Herbst 2019 für die Volumen-Modelle am Markt anbieten.

Dazu muss es verbindliche Absprachen der Automobilhersteller mit den mittelständischen Unternehmen geben, die an der Entwicklung von technischen Nachrüstsets arbeiten. Die SPD-Abgeordneten erwarten von allen Automobilherstellern, dass sie den Mittelständlern alle notwendigen technischen Informationen zu den Fahrzeugtypen zur Verfügung stellen und darüber hinaus ihren Vertragswerkstätten ermöglichen, Euro-5-Dieselfahrzeuge nachzurüsten. Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Rahmen eines Paktes für technische Nachrüstung eine entsprechende belastbare Vereinbarung mit den Automobilherstellern und Nachrüstfirmen zu treffen.

2. Ausnahme für Euro-5-Fahrzeuge bei Diesel-Fahrverboten bis zur Marktreife der technischen Nachrüstung  
Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit wird aufgefordert, gegenüber den Umweltbehörden der Länder schriftlich klarzustellen, dass unter Beachtung des Gesundheitsschutzes die tatsächliche Verfügbarkeit der technischen Nachrüstung zu berücksichtigen ist. Die rechtliche Grundlage wird der Bundestag im Rahmen der 13. Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes schaffen.

3. 365-Euro-Jahresticket für Busse und Bahnen  
Pendler müssen weiterhin morgens zur Arbeit und abends wieder nach Hause kommen. Um Mobilität weiterhin sicherzustellen, setzt die SPD-Fraktion laut Beschluss auch auf die Nutzung von Bussen und Bahnen sowie E-Carsharing-Fahrzeuge und E-Leihfahräder als Alternative.

Und um eine weitere bezahlbare Alternative bieten zu können, will die SPD-Fraktion im Rahmen des bestehenden Haushaltsvolumens aus dem Sofortprogramm „Saubere Luft“ die betroffenen Städten dabei unterstützen, ein „365-Euro-ÖPNV-Jahresticket“ anzubieten. Es soll sich nicht nur auf den Stadtkern beschränken, sondern insbesondere den Pendlerinnen und Pendlern aus dem Umland eine Alternative bieten.

Zusätzlich sollte den Kommunen die Option eröffnet werden, das Jahresticket als Mobilitätspass für E-Carsharing-Fahrzeugen, E-Leihfahrrädern und Mobilitätsportalen zu erweitern.

4. Potential synthetischer Diesel-Kraftstoffe heben  
Synthetischer Dieselmotorkraftstoff verbrennt sauberer als herkömmlicher Dieselmotorkraftstoff und hat Potential, weniger Stickoxide freizusetzen.

Die SPD-Abgeordneten fordern dem Beschluss zufolge die Bundesregierung auf, in Zusammenarbeit mit den Herstellern und der Automobilindustrie zu ermitteln, welche Minderungspotentiale bei Stickoxiden bestehen und wie die wirtschaftliche Produktion, der Verkauf und die Verwendung von nachhaltig und umweltfreundlich hergestellten synthetischen Kraftstoffen ermöglicht werden kann.

5. Standorte der Messstellen und Vereinheitlichung der Messmethoden prüfen  
In der öffentlichen Diskussionen wurde im Zusammenhang mit der Stickstoffdioxidbelastung die Lage der Probenahmestellen thematisiert. Ebenso wird über die im Rahmen des EU-Rechts möglichen verschiedenen Messmethoden, die deutschlandweit sehr unterschiedlich angewandt werden, diskutiert. Beides führt zu Unsicherheiten.

Die SPD-Fraktion begrüßt, dass das SPD-geführte Bundesumweltministerium Schritte eingeleitet hat, die Lage der Messstellen zu begutachten, um Zweifel an der sach- und rechtskonformen Positionierung auszuräumen. Ergebnisse werden im ersten Halbjahr 2019 erwartet. In NRW ist dies bereits geschehen. Im Ergebnis wurde vom TÜV Rheinland nachgewiesen, dass alle Stationen den rechtlichen Anforderungen entsprechen.

In Bezug auf die Messmethoden halten es die SPD-Abgeordneten für geboten, diese und den Bedarf für eine bundesweite Vereinheitlichung zu überprüfen und die methodische Vorgehensweise transparent darzustellen. So entsteht Klarheit für alle.

#### **Nachrüstung Schub geben**

Sören Bartol, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, fasst zusammen: „Wir wollen der technischen Nachrüstung von Dieselfahrzeugen den entscheidenden Schub geben. Damit Dieselfahrer ihre Autos zügig in den Werkstätten nachrüsten können, schlagen wir vor, mittelständische Anbieter finanziell bei der Entwicklung der Technik zu unterstützen.“

Außerdem wollen wir Dieselfahrern in Städten mit flächendeckenden Fahrverboten neben dem Umtausch und der technischen Nachrüstung eine dritte Möglichkeit bieten: Mit einem Jahresticket zum symbolischen Preis von 1 Euro pro Tag für Busse und Bahnen sollen Dieselfahrer darin unterstützt werden, alternativ auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen.“

Hier ist der 5-Punkte-Plan im Detail nachzulesen: [https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/fuenf-punkteplan-luft-rein-halten\\_mobilitaet-ermoeglichen\\_positionspapier-20190312.pdf](https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/fuenf-punkteplan-luft-rein-halten_mobilitaet-ermoeglichen_positionspapier-20190312.pdf)

## SPD-Fraktion setzt sich beim Inklusiven Wahlrecht durch

Am 29. Januar 2019 hat das Bundesverfassungsgericht die Wahlrechtsausschlüsse im Bundeswahlgesetz für Menschen unter Vollbetreuung und für Menschen im Maßregelvollzug für verfassungswidrig erklärt. Die Koalitionsfraktionen haben sich nach langen Verhandlungen auf einen gemeinsam Antrag geeinigt, der am Freitag im Bundestag debattiert wurde. Damit wird der Auftrag des Verfassungsgerichts umgehend umgesetzt.

Matthias Bartke, zuständiger Berichterstatter sagt: „Wir freuen uns, dass unser Koalitionspartner CDU/CSU nach langen Verhandlungen dem Anliegen der SPD-Fraktion gefolgt ist und wir nun den Weg für ein inklusives Wahlrecht freimachen konnten.“

Bereits im Koalitionsvertrag war festgelegt worden, dass die Wahlrechtsausschlüsse für Menschen unter Vollbetreuung aufzuheben sind. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist der finale Anlass für die Koalitionsfraktionen gewesen, die verfassungswidrigen Wahlrechtsausschlüsse im Bundeswahlgesetz und im Europawahlgesetz nun umgehend aufzuheben.

Der nun vorliegende Antrag kündigt einen Gesetzentwurf an, in dem die Wahlrechtsausschlüsse im Europa- und im Bundeswahlgesetz ersatzlos gestrichen werden. Darüber hinaus werden Möglichkeiten einer Wahlrechtassistenz für Menschen mit Behinderung geschaffen.

Der Gesetzentwurf wird zeitnah vom Bundestag verabschiedet werden und soll zum 1. Juli 2019 in Kraft treten. Die Europäische Kommission für Demokratie und Recht (Venedig-Kommission) hat festgelegt, dass Änderungen am Wahlrechtssystem jeweils mindestens ein Jahr vor einer Wahl erfolgen sollen. Andernfalls besteht die Gefahr einer unzulässigen Einflussnahme auf den Wahlvorgang.

Eine Geltung des geplanten Gesetzes noch für die am 26. Mai 2019 stattfindende Europawahl war daher nicht möglich. Alle künftigen Europa- und Bundestagswahlen werden jedoch ohne Wahlrechtsausschlüsse stattfinden.

Matthias Bartke: „Wir hoffen, dass jetzt auch all diejenigen Bundesländer ein inklusives Wahlrecht einführen, die dies bislang noch nicht getan haben.“

### Das Wichtigste zusammengefasst:

Das Wahlrecht ist eine tragende Säule unserer Demokratie. Trotzdem dürfen viele Menschen mit Behinderungen bei Wahlen ihre Stimme nicht abgeben. Das ist Diskriminierung. Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist es der SPD-Fraktion endlich gelungen, gegenüber CDU/CSU das volle Wahlrecht auch für alle Menschen mit Behinderungen durchzusetzen. Zeitnah kommt ein Gesetzentwurf.

## Teilzeitmöglichkeit für Freiwilligendienste schaffen

Am Donnerstag hat der Bundestag in erster Lesung über den „Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Teilzeitmöglichkeit in den Jugendfreiwilligendiensten sowie im Bundesfreiwilligendienst für Personen vor Vollendung des 27. Lebensjahres“ debattiert (Drs. 19/7839).

Bislang sind Menschen, die jünger als 27 Jahre sind und aus persönlichen Gründen keinen Dienst in Vollzeit absolvieren können, praktisch von der Teilnahme am Jugendfreiwilligendienst oder Bundesfreiwilligendienst ausgeschlossen.

Mit dem Gesetzentwurf sollen Änderungen am Bundesfreiwilligendienstgesetz und am Jugendfreiwilligendienstgesetz vorgenommen werden, um auch diesen jungen Menschen den Zugang zu Freiwilligendiensten zu erleichtern.

Voraussetzung für einen Teilzeitdienst ist laut Vorlage ein „berechtigtes Interesse“ der Freiwilligen an der Reduktion der Dienstzeit. Dazu gehört zum Beispiel die Betreuung des eigenen Kindes, die Pflege von Angehörigen oder die Teilnahme an arbeitsmarktneutralen Bildungs- oder Qualifizierungsangeboten. Zugleich muss auch die Einsatzstelle der Freiwilligen mit der Teilzeitregelung einverstanden sein.

### Das Wichtigste zusammengefasst:

Künftig sollen Menschen, die jünger als 27 Jahre sind und Freiwilligendienste leisten, dies in Teilzeit tun können – wenn es dazu ein „berechtigtes Interesse“ gibt, wie etwa ein eigenes Kind.

## Millionen Euro fließen in die Landkreise Waldshut und Breisgau-Hochschwarzwald für energieeffizientes Bauen und Sanieren

Die Förderbilanz der KfW-Bankengruppe für das Jahr 2018 kann sich sehen lassen. Im vergangenen Jahr sind Förderkredite in Höhe von 89 Millionen Euro an 1.903 Wohneinheiten im Landkreis Waldshut und insgesamt 137,1 Millionen Euro an 3.067 Wohneinheiten im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald geflossen.

Gemäß einer Mitteilung der Kreditanstalt für Wiederaufbau bildeten im Privatkundenbereich Programme der Rubrik Energiewende den höchsten Gruppenposten in Höhe von 38,7 Millionen Euro im Kreis Waldshut und 50,3 Millionen Euro im Kreis Breisgau-Hochschwarzwald. Bei den Programmen handelt es



sich beispielsweise um die Förderprodukte „Energieeffizient Bauen“ (312 Wohneinheiten Kreis Waldshut und 320 Wohneinheiten Kreis Breisgau-Hochschwarzwald) und „Energieeffizient Sanieren – Effizienzhaus“ (196 Wohneinheiten Kreis Waldshut und 107 Wohneinheiten Kreis Breisgau-Hochschwarzwald).

Auf Platz 2 erfreut sich der ERP-Digitalisierungs- und Innovationskredit der Mittelstandsbank mit einer Summe von 18,3 Millionen Euro im Kreis Waldshut und 32,4 Millionen Euro im Kreis Breisgau-Hochschwarzwald großer Beliebtheit. Die Nachfrage nach dem neu eingeführten Baukindergeld bezifferte sich für das Jahr 2018 auf 4,1 Millionen Euro im Kreis Waldshut und 182 betroffene Haushalte sowie 4,0 Millionen Euro und 192 betroffene Haushalte.

Mithilfe der Förderprogramme unterstützt die KfW die Zukunftsinvestitionen der Bundesregierung in Nachhaltigkeit und Digitalisierung. Ich freue mich, dass der Schwerpunkt des vergangenen Förderjahres auf dem Klima- und Umweltschutz lag. Es ist richtig und wichtig, dass so viele Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Fördermittel zur Steigerung der Energieeffizienz wahrnehmen, denn von einer besseren CO<sub>2</sub>-Bilanz profitiert letztendlich die ganze Gesellschaft.

Die KfW weist außerdem auf neue digitale Serviceleistungen hin, wie z.B. die Kurzreportagen KfW Stories (<https://www.kfw.de/stories/>) sowie die Gründerplattform (<https://www.gruenderplattform.de>).

## Weltfrauentag mit dem OV Waldshut

Das Grundgesetz verpflichtet den Staat in Artikel 3, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern durchzusetzen und Benachteiligungen zu beseitigen. Diesen Handlungsauftrag nimmt die SPD-Bundestagsfraktion sehr ernst.

Am Weltfrauentag habe ich zusammen mit dem SPD-Ortsverein Waldshut Rosen in der Kaiserstraße verteilt. Damit will ich gemeinsam mit der Ortsvereinsvorsitzenden Claudia Hecht ein Zeichen der Solidarität und der Wertschätzung von Frauen setzen. Bei dem diesjährigen Internationalen Frauentag handelt es sich um ein besonderes Datum, weil er in das 100. Jubiläumsjahr der ersten demokratischen Wahlen in Deutschland fällt, in denen Frauen wählen und gewählt werden konnten. Neben der Einführung einer Grundrente müssen wir aber gleichzeitig weiter daran arbeiten, dass Frauen über den gesamten Lebensverlauf hinweg die gleichen Chancen wie Männer haben: auf einen gut bezahlten Job und letztlich auf eine eigenständige und auskömmliche Alterssicherung. Es ist allerhöchste Zeit, dass wir die sozialen und die Gesundheitsberufe aufwerten, denn es ist nicht plausibel, dass eine Arbeit mit so hohen Anforderungen und so großer Bedeutung für die Ge-

sellschaft so gering entlohnt wird. Um diese Ungerechtigkeit anzuprangern, stehen wir heute hier und zeigen Flagge.



Foto: Büro Schwarzelühr-Sutter

Wir wollen Gesetze, die zeitgemäße Rollenbilder von Frauen und Männern unterstützen. Auch wenn wir in den vergangenen Jahren beispielsweise mit dem Elterngeld, der Quote für Frauen in Führungspositionen, dem gesetzlichen Mindestlohn und dem Rückkehrrecht auf vorherige Arbeitszeit viel dafür getan haben, laufen Frauen noch immer Gefahr, ihre Möglichkeiten nicht voll ausschöpfen zu können: Sie werden durchschnittlich schlechter bezahlt, steigen familienbedingt öfter und länger aus dem Job aus, steigen überwiegend in Teilzeit wieder in den Job ein, und das nicht selten unterhalb ihrer Qualifikation. Das wirkt sich verheerend auf die Alterssicherung von Frauen aus: So bekommen Frauen am Ende ihres Erwerbslebens nur halb so viel Rente wie Männer. Unsere aktuellen Vorschläge für eine Grundrente gehen diese Ungleichheit an. Zu 75 Prozent werden Frauen von der Grundrente profitieren: Vor allem Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit wegen ihrer Kinder einschränken mussten und deshalb nicht ausreichend für ihre Alterssicherung vorsorgen konnten. Von der Grundrente profitieren würden auch Frauen, die jahrzehntelang zu Niedriglöhnen arbeiten mussten.

Die SPD-Bundestagsfraktion will dringend etwas gegen den geringen Anteil von Frauen in den Parlamenten tun. Der Frauenanteil im Deutschen Bundestag ist 2019 mit 30,7 Prozent so niedrig wie seit knapp 20 Jahren nicht mehr. Unsere Antwort darauf ist ein Paritätsgesetz. Denn schon bei der Quote für Führungspositionen in der Privatwirtschaft haben wir gesehen: Wer auf Freiwilligkeit setzt, verteilt nur weiße Salbe. Nur per Gesetz machen Männer Platz für Frauen, die mindestens genauso gut dafür geeignet sind wie sie selbst. Die anstehende Wahlrechtsreform ist dafür der richtige Moment.

---

## Struve-Hut-Verleihung



Foto: Büro Schwarzelühr-Sutter

Am Abend des Politischen Aschermittwochs, den 6. März 2019, fand die alljährliche Struve-Hut-Verleihung in Wehr statt. Eine besondere Freude ist es mir, dass unser langjähriges Mitglied, ehemaliger Landtagsabgeordneter und SPD-Fraktionssprecher in Bad Säckingen, Hidir Gürakar, in diesem Jahr die Ehre zu Teil wurde. Aus eigener Erfahrung weiß ich, was für ein besonderer Moment das ist. Dass bei der Verleihung nicht nur Genossinnen und Genossen anwesend waren, sondern auch Mitglieder der anderen Fraktionen zeigt, dass die Struve-Hut-Verleihung als solche und Hidir Gürakar als diesjähriger zu Ehrende überparteiliches hohes Ansehen genießen.

Hidir Gürakar kenne ich als einen Mann, der stets ein offenes Ohr für seine Mitmenschen hat und sich für sie einsetzt. Was als Sozialberater seinen Anfang nahm, gipfelte in seinem Wirken als Mitglied des baden-württembergischen Landtags. Er löcherte gerade zu die Verantwortlichen, bis eine Antwort für seine Bürgerinnen und Bürger bekam.

Mir wurde wiederum die Ehre zu teil, Karin Kaiser, der Hauptorganisatorin der Verleihung und Herstellerin des Struve-Huts, den Ehrenbrief der SPD zu überreichen. Steht die Verleihung ganz im Sinne Gustav Struve, nämlich sich für unsere demokratischen Werte einzusetzen, ähnelt Karin Kaiser der Ehefrau von Gustav Struve, Amalie Struve, sehr. Beide sind starke Frauen, die nicht davor zurückschrecken, für ihre Überzeugungen auch mal "anzuecken".

An diesem Abend machte ich auch deutlich, wie sehr der Namen Gustav Struve auch missbraucht werden kann. So geschehen bei der AfD-nahen "Gustav-von-Struve-Stiftung". Nicht nur dass sie mit dem Adelstitel sich gegen die bewusste Entscheidung Gustav Struves wenden, sondern die Stiftung als "Keimzelle konservativen freiheitlichen Denkens in Baden-Württemberg" zeigt, wie es nicht verstanden wurde, für was der Name Gustav Struve, ein Rechtsanwalt und Journalist, wirklich steht: persönliche Freiheit, Pressefreiheit und den Abbau von Adelsprivilegien.

## 12. Deutscher Nachhaltigkeitspreis

Noch bis zum 18. April 2019 läuft das Bewerbungsverfahren für den 12. Deutschen Nachhaltigkeitspreis (DNP). Gesucht werden Städte und Gemeinden, die im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten eine umfassende nachhaltige Stadtentwicklung betreiben sowie Unternehmen, die sich erfolgreich den ökologischen und sozialen Herausforderungen der Zukunft stellen. Ein neuer Sonderpreis prämiiert zudem Akteure, die das Potenzial der Digitalisierung für mehr Nachhaltigkeit einsetzen.

Nachhaltigkeit bedeutet, möglichst vielen Menschen, heute und in Zukunft ein gutes Leben zu sichern. Es geht darum, unsere Gesellschaft, unser Handeln, unsere Art zu leben ‚enkeltauglich‘ zu gestalten – so nennt es die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Diese werden wir nur umsetzen können, wenn wir gemeinsam in Politik, Unternehmen und Zivilgesellschaft Verantwortung wahrnehmen. Ich finde es gut, dass wir mit dem DNP genau solche neuen Partnerschaften bekannt machen und besonders würdigen.

Die Auszeichnungen werden ab September vor Ort in den Siegerkommunen vergeben; die Unternehmen werden am 22. November 2019 im Rahmen des Deutschen Nachhaltigkeitstages in Düsseldorf ausgezeichnet.

### Hintergrund:

Der Deutsche Nachhaltigkeitspreis ist die nationale Auszeichnung für Spitzenleistungen der Nachhaltigkeit in Wirtschaft, Kommunen und Forschung. Mit fünf Wettbewerben (darunter der Next Economy Award für „grüne Gründer“), über 800 Bewerbern und 2.000 Gästen zu den Veranstaltungen ist der Preis der größte seiner Art in Europa. Die Auszeichnung wird vergeben von der Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung, kommunalen Spitzenverbänden, Wirtschaftsvereinigungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Forschungseinrichtungen. Rahmen für die Verleihung ist der Deutsche Nachhaltigkeitstag in Düsseldorf, die meistbesuchte jährliche Kommunikationsplattform zu den Themen nachhaltiger Entwicklung.



## Gespräch mit der „Fridays for Future“ Bewegung



Foto: Büro Schwarzelühr-Sutter

Am 14.03. fand ein erweitertes Berichterstattungs-gespräch des Bundestagsausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit mit Schülerinnen und Schülern ebenso wie mit Studentinnen und Studenten der Klimaschutz-Bewegung „Fridays for Future“ statt.

Die Vertreterinnen und Vertreter der „Fridays for Future“ Bewegung hatten dort die Möglichkeit, uns ihre Forderungen mitzuteilen und gemeinsam mit uns in den Dialog zu treten. Eine solche Bewegung verdient es nicht nur gehört, sondern auch ernstgenommen zu werden!

Um die geforderten Ziele wie z.B. einen schnellen Kohleausstieg, ein klimaneutrales Deutschland und das 1,5 - Grad- Ziel einhalten bzw. umsetzen zu können, bedarf es eines Wandels in der Gesellschaft. Wir müssen dazu bereit sein, viele Bereiche unseres Lebens umzustellen. Vor allem müssen wir in der EU zusammenarbeiten. **Dafür lohnt es sich am 26. Mai zur Wahl zu gehen!**

## Equal Pay Day 2019

Als die geschlechtsspezifische Lohnlücke in Deutschland im Jahr 2009 erstmalig in Tage umgerechnet wurde fiel der Gender Pay Day auf den 20. März. Nun feiern wir diesen Tag schon zum dritten Mal in Folge am 18. März. Kämpfen wir dafür, dass der Equal Pay Day endlich am 01.01. stattfinden kann!

Als SPD haben wir uns in den vergangenen Jahren verstärkt für die Bekämpfung des Lohngefälles ein-

gesetzt. Die Einführung des Mindestlohnes, der Ausbau der Kinderbetreuung, die Einführung der Quote, das ElterngeldPlus und das Rückkehrrecht aus Teilzeit waren wichtige Schritte, Frauen und Männern wirtschaftliche Unabhängigkeit zu garantieren. Das Entgelttransparenzgesetz hat uns erlaubt, einen Fuß in die Gehaltsgestaltung der Unternehmen zu setzen.



Foto: Büro Schwarzelühr-Sutter

Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, dass dieses Ungleichgewicht beseitigt wird!

## Besuch der Gewerblichen Schule Waldshut

Am Montag, den 18.03.2019, besuchte ich die Gewerblichen Schulen in Waldshut, um mir selber ein Bild von den innovativen Projekten der Schülerinnen und Schüler, die an dem Wettbewerb „Jugend forscht“ teilgenommen haben, zu machen.

Die findigen Schülerinnen und Schüler erfanden eine Holzpelletpresse, die sogar mit Holzabfällen funktionieren kann und somit ganz im Sinne der Nachhaltigkeit funktioniert. Mich freut es, dass diese Idee von heimischen Firmen finanziell unterstützt wird. Außerdem wurde mir eine Drohne präsentiert, die mit Hilfe von (Wärmebild-)Kameras dazu genutzt werden kann, Felder nach Wildtieren hin zu untersuchen und somit Unfälle zwischen ihnen und Landwirtschaftsmaschinen zu verhindern. Was mich an

dieser Erfindung, sie wurde schließlich im Rahmen des „Jugend forscht“-Schülerregionalwettbewerbs Südbaden ausgezeichnet, am meisten faszinierte war, dass die Drohne in der Lage ist, organische Pflanzenschutzmitteln in Form von Kügelchen aus Maisstärke, in denen sich Schlupfwespenlarven befinden, mit einer hohen Genauigkeit abzuwerfen. Diese Drohne ist nicht nur ein Musterbeispiel für Digital Farming, sondern auch ein notwendiger Weg, Alternativen zu Glyphosat und Neonicotinoide zu finden.

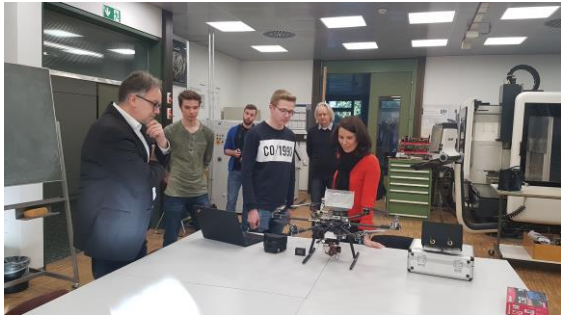


Foto: Büro Schwarzelühr-Sutter

Die Verbindung von Land- und Forstwirtschaft, die sich in diesen beiden Projekten widerspiegelt, zeigt, dass es kein "Weitermachen wie bisher" geben darf. Durch Innovationen kann der zukünftige notwendige Lebenswandel leichter erreicht werden und somit auch die grüne Transformation. Mich freut es, dass die Gewerblichen Schulen Waldshut ihre Schülerinnen und Schüler aktiv durch Kostenübernahme dabei unterstützt, zu forschen und ihre Ideen, wenn möglich, durch Patentanmeldung, zu realisieren. Diese Projekte unterstreichen meine Forderung, Start-Ups im Landkreis Waldshut stärker zu fördern.

## Besuch des Hocht Rhein Gymnasiums Waldshut

Am Montag, den 18.03.2019, erinnerte ich mich beim Besuch des Hocht Rhein-Gymnasiums Waldshut-Tiengen, an meine alte Schule, an vergangene Zeiten. Die Themen, die ich mit den Schülerinnen und Schülern eines Gemeinschaftskundekurses diskutierte, waren allerdings nicht von gestern. Nachdem ich kurz von meinem politischen Alltag aus Parlamentarische Staatssekretärin und Bundestagsabgeordnete berichtete, stiegen wir bereits in eine spannende Diskussion.

Von den politisch sehr interessierten Schülerinnen und Schülern wurde zunächst die Digitalisierung angesprochen und warum wir uns in Deutschland in manchen Bereichen noch etwas schwer damit tun. Hier berichtete ich von zum Teil emotionalen Meinungsverschiedenheiten zwischen Befürworter und Kritiker einer Digitalisierung im Allgemeinen und etwa einem ausgebauten 5G-Netz im Speziellen. An dieser Stelle machte ich klar, dass Digitalisierung eine Chance für unseren Landkreis haben kann. Es macht schließlich keinen Unterschied bei der Softwareprogrammierung, ob man in Hamburg oder

eben in Waldshut sich befindet – eine schnelle Internetleitung vorausgesetzt.

Umwelt- und Klimaschutz wurden natürlich auch angesprochen und hier hat es mich gefreut, dass die Schulleitung das Engagement der Schülerinnen und Schüler im Zuge der Bewegung „Fridays for Future“ unterstützt. In der Diskussion wurde auch klar, wie differenziert die Schülerinnen und Schüler darüber nachdenken, als wir über Diesel und seine Erscheinungsformen bei Pkws, Lkws und Schiffen sprachen. Es ist für mich klar, dass es keine Kostenersparnis für die Autokonzerne auf Kosten der Gesundheit der Bevölkerung geben darf. Die Schülerinnen und Schüler sprachen auch die Themen Plastikmüll und Klimaschutz an. Beim letzteren beantwortete ich die Frage, ob Klimaschutz auch ein Wirtschaftsfaktor sein kann, mit einem klaren Ja!



Foto: Büro Schwarzelühr-Sutter

Dieser Gemeinschaftskundekurs zeigte mir, dass Überzeugungen und Ideen da sind. Allerdings müssen wir solche Ideen jetzt umgesetzt werden, da es unsere wirtschaftlichere Lage jetzt auch erlaubt. Diese jungen Leute zeigten mir, dass da Bewusstsein und der Wille, für einen nachhaltigen und umsichtigen Verbrauch vorhanden ist.



Liebe Leserinnen und Leser,

ich hoffe Sie hatten eine spannende Lektüre! Den Menschen bei uns im Wahlkreis und in unserer Region möchte ich auch ein wichtiger Ansprechpartner für ihre Anliegen und Sorgen sein. Gerne können Sie sich jederzeit telefonisch, per E-Mail oder ganz klassisch per Brief an mich wenden. Ich freue mich auf Ihre Nachricht!

Für mehr Informationen zu meiner politischen Arbeit im Wahlkreis und in Berlin besuchen Sie mich auch gerne auf meiner Homepage und bei facebook oder folgen mir auf Twitter und Instagram!

Ihre  
Rita Schwarzelühr-Sutter

#### Kontakt

Abgeordnetenbüro Berlin:

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
**T:** 030 – 227 73 071  
**F:** 030 – 227 76 173  
**E:** [rita.schwarzeluhr-sutter@bundestag.de](mailto:rita.schwarzeluhr-sutter@bundestag.de)

Wahlkreisbüro Waldshut-Tiengen:

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB  
Wallstr. 9 / Kaiserstr. 22  
79761 Waldshut-Tiengen  
**T:** 07751 – 91 76 881  
**F:** 07751 – 91 76 882  
**E:** [rita.schwarzeluhr-sutter.wk@bundestag.de](mailto:rita.schwarzeluhr-sutter.wk@bundestag.de)

Home:  
Facebook:  
Twitter:  
Instagram:

[www.schwarzeluhr-sutter.de](http://www.schwarzeluhr-sutter.de)  
[facebook.com/schwarzeluehrsutter](https://facebook.com/schwarzeluehrsutter)  
[twitter.com/rischwasu](https://twitter.com/rischwasu)  
[instagram.com/rischwasu/](https://instagram.com/rischwasu/)